

Apotheken Praxis

Jahrgang 23 · Nr. 4 · Montag, 12. Februar 2001

aktuell · kritisch · unabhängig

Direktvertrieb

Für Apotheken nachteilig,
wie das Beispiel
Finnland zeigt.
Seite 6



Steuerberater

Mit einem Suchservice
finden Sie garantiert
den Richtigen.
Seite 13



Dermatologie

Cortison – Es gibt mehr
Therapiealternativen,
als man glaubt.
Seite 17



PTA-Praxis

Eltern können den Erziehungs-
urlaub nun ganz oder zeitweise
gemeinsam nehmen.
Seite 21

k Verla 10 Tabl.
k Verla 20 Tabl.
kbrause Verla 25



rn Sie
e neuen
ntenbroschüren und
fenster-Displays an!

arm Arzneimittel
utzung, Fax 0 81 58/257-256



heCon
er in Rostock

Con, der bewährte Kongress

Gesundheitsministerin Ihres Vertrauens?

Arzneimittelbudgets fallen | Gesundheitsministerin Ulla Schmidt hat die Karten neu gemischt. Die Frau fürs Praktische hat in der dritten Woche ihrer Amtszeit erste Maßnahmen für einen Neube-

In der Diskussion mit den Ärzttegremien will sie die „Übergangslösung Arzneimittelbudget“ durch ein System der Richtgrößen ersetzen, das dann in der Verantwortung der Kassenärztlichen Vereinigungen und der einzelnen Ärzte liegt. Das sei eine Sache des Vertrauens, sagte die Ministerin. Vertrauen scheint für die Aa-

ginn im Gesundheitswesen angekündigt. So will sie möglichst bald den Kollektivregress eliminieren, der bislang wie ein Damoklesschwert über den budgetgebundenen Ärzten schwebte.

HABEN SIE SICH AUS
EIGENER KRAFT SO
HOCHGEARBEITET ?

EIGENTLICH
MEHR DURCH FREMDE
SCHWÄCHE.



könnte, auf welche die Ministerin viel Wert legt. Nach Angaben der Krankenkassen sagte Schmidt bei einem „Kennenlerngespräch“ in Berlin eine eingehende Prüfung zu.

Danach sollen die Arzneibudgets erst wegfallen, wenn eine Ersatzlösung gefunden ist, welche die Arzneimittelausgaben ebenso wirksam be-

Positivliste verstößt gegen Grundgesetz

Laut eines Rechtsgutachtens der Berliner Kanzlei White & Case, Feddersen, das der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) in Auftrag gegeben hatte, verstößt die von der Bundesregierung geplante „Positivliste“ gegen das Grundgesetz und das EU-Recht.

Der Hauptgeschäftsführer des BPI, Dr. Hans Sandler, fordert daher in einer Pressemitteilung des Verbandes, die Arbeit an der Positivliste sofort einzustellen. Dem Gutachten zufolge verletzt sie die Grundrechte der betroffenen pharmazeutischen Unternehmer auf freie Berufsausübung und Eigentumsgarantie. Darüber hinaus lie-